Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Beigeordnete,

sehr geehrte Stadträte,

die *desaströse* Haushaltslage unserer Stadt – die sich in der *gegenwärtigen* Haushaltssperre und der *drohenden* Zwangsverwaltung manifestiert – ist *nicht* das Ergebnis eines Naturereignisses.

Stattdessen ist die *desaströse* Haushaltslage das Ergebnis politischen Versagens.

Eines politischen Versagens über einen *langen* Zeitraum hinweg.

Vor *diesem* finanzpolitischen Offenbarungseid haben wir im Jahre 2019 gewarnt.

Wir haben 2020, 2021 und 2022 gewarnt.

Wir haben auch im Jahre 2023 gewarnt.

In all diesen Jahren wurden unsere Warnungen hier im Stadtrat ignoriert.

Unsere Einsparanträge – die wir seit dem Jahr 2019 *immer* wieder gestellt haben – wurden niedergestimmt.

Unser Hinweis darauf, dass in Haushaltsverhandlungen eingebrachte Anträge über eine seriöse Deckungsquelle verfügen sollten, wurde *belächelt* und abgetan.

Nun, nach Jahren des vergeblichen *Warnens* und *Mahnens*, ist die finanzpolitische Haushaltskatastrophe eingetreten.

Nun sollen die Bürger unserer Stadt für die Folgewirkungen in Mithaftung genommen werden.

Doch *dabei* – so viel sei vorab gesagt – wird die AfD-Fraktion nicht mitspielen.

Wir werden Mehrbelastungen für die *Magdeburger* ablehnen.

Meine weiteren Ausführungen lassen sich grob in drei *Abschnitte* untergliedern:

Erstens: Eine Bestandsaufnahme zur finanziellen Situation der Stadt

Zweitens: Eine Analyse der *Ursachen* für die finanzielle Schieflage

Drittens: Lösungsansätze der AfD-Fraktion zur *Konsolidierung* des Haushalts

[1. Bestandsaufnahme]

Zunächst also eine *kurze* Bestandsaufnahme.

Laut einer im September veröffentlichten Prognose wird das Jahresendergebnis des Stadthaushaltes 2023 – bei fortlaufenden Trends – ein Minus in Höhe von 45 Millionen Euro ausweisen.

Aufgrund dessen verhängte die Oberbürgermeisterin am 1. *November* eine Haushaltssperre.

Die entscheidenden Kennzahlen für das Haushaltsjahr 2024 lauten wie folgt:

- Kreditneuaufnahmen: 65,6 Millionen Euro
- Nettoneuverschuldung: 46,1 Millionen Euro
- Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen: 441,3 Millionen Euro

Für das Haushaltsjahr 2025 wird ein Defizit in Höhe von 29,3 Millionen Euro prognostiziert.

Im Jahre 2026 soll das Haushaltsloch bei rund 16 Millionen *Euro* liegen.

Die damit verbundenen Folgewirkungen werden im Haushaltsplan folgendermaßen beschrieben:

– ICH ZITIERE –

„Es kann festgehalten werden, dass bedingt durch die rasanten Entwicklungen ein generelles Finanzierungsproblem für die Landeshauptstadt Magdeburg zu erwarten ist.

Ohne eine adäquate Mitfinanzierung durch Bund und Land sind die notwendigen Investitionen zukünftig nur *schwerlich* zu leisten.

Als Konsequenz müsste die Nichtumsetzung erforderlicher neuer Investitionsvorhaben – beispielsweise im *Straßen-* und *Brückenbau* sowie in der *Schul-* und *Kita-Landschaft* – in Betracht gezogen werden.“

– ZITAT ENDE –

Wir alle wissen um die *katastrophale* Haushaltslage auf *Landes-* und *Bundesebene*.

Darum ist die Hoffnung auf eine auskömmliche Mitfinanzierung von Bund und Land in kommenden Jahren – vorsichtig formuliert – *reichlich* naiv.

Soweit die aktuelle Bestandsaufnahme, *nun* zur Ursachen-Analyse für die finanzpolitische *Schieflage* im Stadthaushalt.

[2. Ursachenanalyse]

Im Vorwort des vorliegenden Haushaltsplans werden die *folgenden* Einflussfaktoren als Ursachen für die – ZITAT – „schwierige *Haushaltsslage*“ benannt:

- *erstens* signifikante Baupreissteigerungen,
- *zweitens* fortbestehende Lieferkettenprobleme,
- *drittens* inflationäre Tendenzen,
- *viertens* hohe Tarifabschlüsse,
- *fünftens* überbordende Soziallasten,
- *sechstens* steigende Zinslasten
- und *siebtens* eine – ZITAT – „starke Migration“.

Bei der *Mehrzahl* der genannten Einflussfaktoren handelt es sich um Probleme neueren Ursprungs.

Konkret handelt es sich bei *diesen* Problemen *insbesondere* um

- Folgewirkungen des Corona-Irrsinns seit dem Jahr 2020,
- *und* um Auswirkungen des Ukraine-Konflikts seit dem *Jahr* 2022.

Ein Blick in den Haushaltsplan zeigt jedoch, dass die *maßgeblichen* Ursachen für die finanzielle Schieflage weiter in die Vergangenheit reichen.

Im Vorwort findet sich dazu folgende Textstelle:

– ICH ZITIERE –

„Der im Vergleich zu den Vorjahren *insgesamt* gestiegene Schuldenstand resultiert *daraus*, dass nach einer langfristigen Konsolidierung *ab* dem Jahr 2016 wieder Kreditneuaufnahmen [...] erfolgten, die ab dem Jahr 2018 zu einer jährlichen Nettoneuverschuldung führten.“

– ZITAT ENDE –

Auf eine bis zum Jahre 2015 andauernde Phase der Haushalts*konsolidierung* folgte also *seit* dem Jahre 2016 eine *Phase* der Neuverschuldung.

Die Hauptursache dafür ist offensichtlich.

Die *Hauptursache* liegt in der – und hier zitiere ich Horst Seehofer – „Mutter aller politischen Probleme“ in Deutschland.

Die *Hauptursache* liegt in der illegalen und kulturfremden Masseneinwanderung seit dem Jahre 2015.

Schließlich sind die Migrationskosten für die Stadt seit dem Jahre 2015 explodiert.

Werfen wir *beispielsweise* einen *Blick* auf die Ausländerbehörde:

Im Jahre 2015 arbeiteten dort lediglich 31 Personen.

Seitdem hat sich ein dramatischer Stellenzuwachs vollzogen.

Mittlerweile arbeiten 96 Personen in der Ausländerbehörde, Tendenz *weiter* steigend.

Folgerichtig sind dort die Personalkosten explodiert.

Hier muss umgehend der *Rotstift* angesetzt werden.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf finden sich zudem erneut *zahlreiche* Ausgabeposten für den Bereich der Asyl- und Integrationsindustrie.

Nachfolgend *einige* Beispiele:

- Soziale Leistungen nach §2 AsylbLG insgesamt: 805.000Euro
- Soziale Leistungen nach §3 AsylbLG insgesamt: 3 Millionen Euro
- Soziale Leistungen nach §4 AsylbLG insgesamt: 2,7 Millionen Euro
- Soziale Leistungen nach §5 AsylbLG insgesamt: 86.000 Euro
- Soziale Leistungen nach §6 AsylbLG insgesamt: 615.000 Euro

Allein die hier aufgelisteten Aufwendungen belaufen sich auf 7,3 Millionen Euro.

Die Liste *derartiger* Ausgabeposten für die *Asyl-* und *Integrationsindustrie* ließe sich *beliebig* fortsetzen.

Die Frage, *welche* Zahlungen vom Bund und *welche* vom Land übernommen werden, ist dabei *irrelevant*.

Denn *erstens* handelt es sich in *jedem* Fall um vergeudete Steuergelder für illegale Zuwanderer.

Und *zweitens* reichen die Zahlungen von Bund und Land *vorne* und *hinten* nicht.

Natürlich wollen die Verantwortlichen den Magdeburgern *weismachen*, dass diese mittel- und langfristig von der illegalen Masseneinwanderung profitieren würden.

Dazu findet sich im Vorwort des Haushaltsplans *folgende* Textstelle:

„Die Kosten der Aufnahme und Integration von Geflüchteten *können* eine Investition in die Zukunft Magdeburgs sein und den existierenden Fachkräftemangel bekämpfen.“

– ZITAT ENDE –

Bei dieser *wahrheitswidrigen* und *nicht* mit Fakten gesättigten Behauptung handelt es sich natürlich um groben Unfug.

Schließlich sind die illegalen Zuwanderer im Regelfall gerade *keine* Fachkräfte.

Vielmehr sind die illegalen Zuwanderer Fachkräftemangel-*Verursacher*.

Im Regelfall handelt es sich auch *keinesfalls* um Nettosteuerbeitragszahler.

Tatsächlich stiften die Fremden per Saldo *keinen* finanziellen Nutzen.

Stattdessen verursachen sie *finanzielle* Kosten.

Wir halten fest:

Weder in kultureller, *noch* in finanzieller Hinsicht werden die Magdeburger durch die illegalen Zuwanderer bereichert.

Anstelle einer *angeblichen* Bereicherung steht eine *tatsächliche* ‚Entreichung‘.

In diesem Kontext noch folgende Anmerkung:

Nicht nur die zuvor beschriebenen *direkten*, *auch* die *indirekten* Asyl- und Integrationskosten vergangener Jahre haben die aktuelle *Haushaltskrise* herbeigeführt.

Zu den *indirekten* Migrationskosten findet sich im Vorbericht des Haushaltsentwurfes folgende Textstelle:

– ICH ZITIERE –

„Die Aufnahme und *insbesondere* die Integration der Geflüchteten ist für

- den Bund,
- die Länder
- und die Kommunen bzw. die Landeshauptstadt Magdeburg

eine *enorme* Herausforderung für die nächsten Jahre, die sich entsprechend auf den Haushalt auswirken wird.

Die Geflüchteten wirken *so* auf den Sozial- und Infrastrukturbereich – bspw. auf die Schul- und Kita-Infrastruktur und den Wohnungs- sowie Arbeitsmarkt – aber *auch* auf Sozialleistungen.

Aus *kommunaler* Sicht ist die Aufnahme der Geflüchteten und die notwendige Integration immer schwieriger zu leisten.

Der finanzielle Aufwand wird *folglich* steigen.“

Und weiter:

„*Allein* kann die Landeshauptstadt Magdeburg diese Aufgabe finanziell nicht stemmen.

Insbesondere die finanziellen Lasten dürfen schlussendlich nicht zu Verteilungskämpfen der finanziellen Mittel führen.“

– ZITAT ENDE –

In der Realität haben die Verteilungskämpfe zwischen den Einheimischen und den kulturfremden Zuwanderern jedoch *längst* begonnen.

In *diesem* Kontext halten wir *Folgendes* fest:

Erstens: Die Magdeburger werden seit dem Jahre 2015 für die Folgekosten der illegalen Masseneinwanderung zur Kasse gebeten.

Zweitens: Das Geld für die Fremden reicht *dennoch vorne* und *hinten* nicht.

Drittens: Aufgrund der daraus resultierenden *desaströsen* Haushaltslage hat die Oberbürgermeisterin eine Haushaltssperre verhängt.

Viertens: Um eine Zwangsverwaltung abzuwenden, soll *nun* ein Konsolidierungskonzept beschlossen werden.

Fünftens: Für *dieses* Konsolidierungskonzept sollen die Magdeburger nun *erneut* zur Kasse gebeten werden.

Diskutiert werden unter anderem

- höhere Parkgebühren,
- höhere Eintrittsgelder beispielsweise für Schwimmbäder,
- eine Anhebung der Grundsteuer

und so weiter und so fort.

Wie gesagt:

Der Verteilungskampf zwischen den *illegalen* Zuwanderern einerseits und der *einheimischen* Bevölkerung andererseits ist längst entbrannt.

Wir wollen *diesen* Verteilungskampf zugunsten der *einheimischen* Bevölkerung entscheiden.

Dafür haben uns die Magdeburger in den Stadtrat gewählt.

Darum werden wir hier im Stadtrat *keinen* Maßnahmen zustimmen, mit deren Hilfe die Magdeburger für das Versagen der Altparteienpolitiker zur Kasse gebeten werden sollen.

Damit werden wir unserem *Wählerauftrag* gerecht.

Soweit zur Ursachenanalyse, *nun* zur *Lösung* des Haushaltsproblems.

[3. Lösungsansätze]

Das Haushaltskonsolidierungskonzept der AfD-Fraktion beinhaltet *unter* anderem *folgende* Maßnahmen:

Erstens: Ausrufung des *Zuwanderungsnotstands*

Bereits im Jahre 2019 haben wir hier im Stadtrat einen Zuzugstopp beantragt.

Hätte der Stadtrat unserer Forderung damals zugestimmt, wären wir heute nicht in dieser finanziellen Schieflage.

Nun gilt es dem guten Beispiel von

- Cottbus,
- Salzgitter,
- Wilhelmshaven
- Delmenhorst

und weiteren Städten zu folgen.

Der *Zuwanderungsnotstand* muss ausgerufen werden, und *zwar* sofort.

Zweitens: Abschiebeoffensive für illegale Zuwanderer einleiten

Die Ausländerbehörde in Magdeburg kann Aufenthaltstitel *erteilen* und *entziehen*.

Außerdem kann sie Abschiebungen *anordnen* und Abschiebehaft *beantragen*.

Die Ermessensspielräume der Ausländerbehörde müssen nun genutzt werden, um *massenhafte* Abschiebungen aus *Magdeburg* zu ermöglichen.

Kurz gesagt:

Wir brauchen keine „*Willkommenskultur*“

Stattdessen brauchen wir eine „*Abschiebekultur*“.

Drittens: Austritt aus dem Bündnis „Sicherer Hafen“

Schließlich darf Magdeburg *kein* sicherer Hafen für illegale Zuwanderer werden.

Viertens: Freiwillige Leistungen im Bereich der Asyl- und Integrationsindustrie sind einzustellen.

Fünftens: Die Anmietung von Wohnungen für illegale Zuwanderer muss sofort gestoppt werden.

Sechstens: Finanzmittel für linksideologische Projekte wie „Intakt“ und „Schauwerk“ müssen gestrichen werden.

Siebtens: Der sogenannte ‚Klimabeirat‘ muss abgeschafft werden.

Weiterhin müssen *jegliche* klimaideologischen Ausgaben gestrichen werden.

Zu *diesen* Ausgaben findet sich im Vorwort des Haushaltsplans folgende Textstelle:

– ICH ZITIERE –

„*Außerordentlich* wichtig sind auch [...] Maßnahmen mit dem Ziel der CO-2-Neutralität.“

– ZITAT ENDE –

Wir sagen:

Nein, eben nicht.

Stattdessen muss die klimaideologisch motivierte Steuergeldvergeudung *sofort* beendet werden.

Schließlich kann das Weltklima weder in Sachsen-Anhalt und schon gar nicht in Magdeburg *gerettet* werden.

Soviel zum Konsolidierungskonzept der AfD-Fraktion.

Abschließend noch *folgende* Anmerkung:

Die AfD-Fraktion kann nicht nur Haushaltskonsolidierung.

Darüber hinaus dienen wir mit sachpolitischen Anträgen den *Interessen* der Magdeburger.

Dazu findet sich im Haushaltsplan folgende Textstelle:

– ICH ZITIERE –

„Für die Umsetzung des Stadtrats-Antrages, das Schwimmen lernen bereits in der Kita zu ermöglichen, wurden zusätzlich 100.000 Euro im Fachbereich Schule und Sport veranschlagt.“

– ZITAT ENDE –

Dieser Antrag stammt von der AfD-Fraktion.

Der Antrag wurde vom Stadtrat mit breiter Mehrheit angenommen.

Wir halten fest: *AfD* wirkt!

[4. Fazit]

Ich komme zum Schluss und stelle fest:

Die finanzielle Schieflage unserer Stadt ist vor allem *auch* die Folge einer *linksliberalen* und *globalistischen* Politik.

Einer Politik, die *nicht* nur in Bund und Land, sondern auch hier im Stadtrat *fröhliche* Urstände feiert.

Diese linksliberale und globalistische Politik fußt

- *erstens* auf der Ideologie der Masseneinwanderung seit 2015,
- *zweitens* auf der Klima-Ideologie seit 2018
- und *drittens* auf der Corona-Ideologie seit 2020.

Hinzu kommen die Auswirkungen westlicher Kriegstreiberei *vergänger* Jahre.

In dem bereits im Jahre 2019 verfassten AfD-Wahlkampfprogramm findet sich dazu folgende Textstelle, die ich *abschließend* zitiere:

„Als Familien- und Heimatpartei wollen wir die Identität Magdeburgs in einer aus den Fugen geratenen *Welt* bewahren.

Wir sehen *unsere* Stadtgemeinschaft als gesellschaftlichen Schutzraum gegen eine entfesselte Globalisierung.

Wir wollen die soziale Frage des 21. Jahrhunderts in unserer Stadt zugunsten der *Magdeburger* entscheiden.“

– ZITAT ENDE –

Dieser Zielstellung fühlen wir uns weiterhin verpflichtet.

Darum werden wir den vorliegenden Haushaltsentwurf ablehnen.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit!